

HEYNE <

JÜRGEN ROTH

DER TIEFE
STAAT

Die Unterwanderung der Demokratie
durch Geheimdienste, politische
Komplizen und den rechten Mob

Wilhelm Heyne Verlag
München

Die Verlagsgruppe Random House weist ausdrücklich darauf hin, dass im Text enthaltene externe Links vom Verlag nur bis zum Zeitpunkt der Buchveröffentlichung eingesehen werden konnten. Auf spätere Veränderungen hat der Verlag keinerlei Einfluss. Eine Haftung des Verlags für externe Links ist stets ausgeschlossen.



Verlagsgruppe Random House FSC® N001967

Copyright © 2016 by Wilhelm Heyne Verlag, München,
in der Verlagsgruppe Random House GmbH
Redaktion: Thomas Bertram
Umschlaggestaltung: Hauptmann & Kompanie Werbeagentur, Zürich
Satz: EDV-Fotosatz Huber/Verlagsservice G. Pfeifer, Germering
Druck und Bindung: GGP Media GmbH, Pößneck
Printed in Germany 2016
ISBN: 978-3-453-20113-2

www.heyne.de

INHALT

Vorwort	
Das stetige Schwinden von Freiheit und Brüderlichkeit . .	11
DER STAAT UND SEINE SCHMUTZIGEN GEHEIMNISSE.....	20
Das Nazi-Netzwerk der CIA im Nachkriegs- deutschland.....	25
Die »Partisanen« aus dem Odenwald.....	30
Operation Kibitz – die Geheimorganisation der CIA in Deutschland.....	38
Noch eine militärische Geheimarmee, von der die Bundesregierung bis 2014 keine Kenntnisse gehabt haben will.....	41
Der Kalte Krieg und Gladio.....	46
Ein politischer Skandal wird plötzlich öffentlich.....	52
DER LANGE SCHATTEN DER VERGANGENHEIT.....	57
Die schmachvolle Geschichte des Bundeskriminal- amtes.....	60

Der tiefe braune Stempel in der deutschen Justiz	65
Undurchsichtige bayerische Beziehungsgeflechte.	81
Das unheimliche Oktoberfest-Attentat	86
Weitere Gladio-Spuren in Deutschland?	94

DIE FINGERABDRÜCKE DES STAATES
IM STAATE UND DER NATIONAL-
SOZIALISTISCHE UNTERGRUND (NSU) 102

NSU und bundesdeutsche Geheimdienste	104
Zum Hintergrund der Affäre um den NSU	114
Die im Dunkeln ihrer rassistischen Vorurteile tappenden Verfassungsschützer und Polizisten.	120
Wie der NSU per Zufall entdeckt wurde	133
Einige Widersprüche nach der Enttarnung des NSU. . .	137
Der ehrenwerte Verfassungsschutz-Chef aus Thüringen, oder Ohne Verfassungsschutz kein NSU?	145
Der Mord an einer Polizistin und zu viele offene Fragen	156
Geschichten über merkwürdige V-Männer.	171
Die besondere sächsische Demokratie – der Fingerabdruck eines Staates im Staate?	184
Sachsen – das unfreieste Bundesland Deutschlands? . .	200

DAS MÄRCHEN VOM
MÜNDIGEN BÜRGER 214

Exkurs über die ungebrochene Macht des Ressentiments.	220
Szenen aus menschenfeindlichen Landschaften in der Ex-DDR am Beispiel von Freital und anderen Orten	236

Ein CDU-Landrat und rechte Umtriebe in Meißen	250
Stresow: ein gottverlassenes Dorf und ein Rechtsradikaler	257
Tröglitz: Rassismus im Schatten eines KZ-Außenlagers	259
Die braunen Brigaden von Halle	263
Verfassungsschutz: Lichtenhagen war kein Pogrom – die Geschichte hinter der Geschichte	269
Der III. Weg und der Herr Krebs aus Frankfurt am Main	282
Die Scheinheiligkeit der offiziellen Asylpolitik und die tödlichste Grenze der Welt	285
Die Arbeitsteilung von Biedermännern und Brandstiftern am Beispiel der Flüchtlingsfrage	294
Anstelle eines Nachwortes	
Ist die demokratische Zivilgesellschaft am Ende?	316
Anmerkungen	346
Literaturverzeichnis	360
Nützliche Internetlinks	363

*»Unsere Welt verändert sich gerade auf eine Weise,
die Ängste wiederaufleben lässt, die zu Hitlers Zeiten
vertraut waren und auf die Hitler eine Antwort gab.
Die Geschichte des Holocaust ist nicht vorbei.
Er ist ein Präzedenzfall, der ewig währt, und seine
Lektionen haben wir noch nicht gelernt.«*

Timothy Snyder, 2015

VORWORT

Das stetige Schwinden von Freiheit und Brüderlichkeit

Verabschieden wir uns endlich von den Träumereien und dem idealistischen Glauben, dass es in diesen Zeiten eine gerechte und humane Gesellschaft geben könne. Es ist vergeudete Lebenszeit. »Leben einzeln und frei wie ein Baum, und dabei brüderlich wie ein Wald, diese Sehnsucht ist unser.«¹ Aus dem umfangreichen Werk des türkischen Lyrikers Nazim Hikmet ist das der einzige Satz, der in Deutschland auffällig häufig zitiert wird. Das spricht dafür, dass er die Sehnsüchte und Hoffnungen vieler Bürgerinnen und Bürger nach gesellschaftlichen Veränderungen widerspiegelt. Aber seien wir ausnahmsweise einmal ehrlich. Diese Sehnsucht nach Freiheit und Brüderlichkeit ist wie ein bunter Schmetterling, der, kaum zum Leben erwacht, schon wieder sterbend zu Boden taumelt. Eine vergiftete Atmosphäre entzieht ihm jegliche Überlebenschancen.

In dieser vergifteten Atmosphäre herrscht klirrende soziale Kälte, ist rassistische Gewalt alltäglich, während gleichzeitig Demokratieentleerung und Bürgerwut dramatisch zunehmen.

Die vergiftete Atmosphäre ist ein idealer Lebensraum für Menschen, die, wie eine Sandra, bedenkenlos fordern: »Buchenwald auf machen und weg damit!!!« Buchenwald war während der NS-Zeit ein berüchtigtes Konzentrationslager. Maja postete kurzerhand: »Ab aufs Meer mit denen. Das nimmt noch genug Asylanten auf.« Ein Torsten aus Berlin schrieb: »Kann man die nicht einfach anzünden und sagen die haben sich verbrannt beim sonnen.« Oder Manuel M.: »Deutschland braucht mehr Züge die mit pack gefüllt werden und dann direkt in die Gaskammer oder den Hochofen entfernt.« Daraufhin antwortete ihm ein Dirk L.: »Stimmt genau. Ich melde mich auch freiwillig als oberster Begrüßer an der Rampe.« Was alle verbindet? Es sind junge Frauen und Männer, die sich mit ihren kleinen Kindern oder mit putzigen Tierfotos auf Facebook präsentieren.

Solch eine verbale Barbarei als Sprüche einzelner, sozial und psychisch schwer gestörter Menschen zu verharmlosen wäre eine bequeme Diagnose, aber politisch wie gesellschaftlich brandgefährlich. Diese Stimmen sind in Wirklichkeit nur die zugespitzte Stumpfsinnigkeit unterschwellig vorhandener menschenfeindlicher und nationalistischer Einstellungen in viel breiteren Bevölkerungskreisen, als wir es uns bislang vorzustellen wagten.

Die Eskalationsstufen, die diese Einstellungen auslösen, sind spätestens Anfang der Neunzigerjahre bekannt. Erst werden von rechtsradikalen (NPD), klerikal-konservativen (CSU) und rechtspopulistischen Politikerinnen und Politikern (Alternative für Deutschland, AfD) Ressentiments geschürt, in diesem Fall gegen Asylsuchende und/oder Migranten. Dann wird gegen sie demonstriert. Seit Mitte September 2015 gehen Zehntausende sogenannter »besorgter Bürger« in symbiotischer Eintracht mit Neonazis fast täglich auf die

Straße, insbesondere in den neuen Bundesländern, mit dem Ziel, die hier Schutz suchenden Menschen zu vertreiben.

Dann werden Flüchtlingsheime angezündet, Flüchtlinge, Migranten und politische Gegner des rechten Mobs attackiert. In der Nacht zum 11. Oktober 2015, um nur ein Beispiel von vielen zu nennen, sprühten in Erfurt Unbekannte an das Wahlkreisbüro der Thüringer Landtagsabgeordneten Katharina König (Die Linke) die Neonazi-Parolen »Judenhure« sowie zwei Hakenkreuze und einen Davidstern. Ein anderes Gebäude in Erfurt wurde mit dem Davidstern und dem Wort »Juden« markiert.

Und es ist nur eine Frage der Zeit, wann wieder die ersten Todesopfer zu beklagen sein werden. Erinnerungen an die Dreißigerjahre werden zwangsläufig wach. Lebt dieser rassistische und nationalistische Geist immer noch und wenn ja, warum? Auch diese Frage soll in diesem Buch beantwortet werden.

Blanker Hass schlägt darüber hinaus demjenigen entgegen, der Flüchtlinge unterstützt und/oder sich gegen Fremdenfeindlichkeit engagiert. »Jetzt den Mund aufzumachen ist lebensgefährlich«, sagt Karen Larisch, die in Güstrow (Mecklenburg-Vorpommern) die soziale Hilfsorganisation »Villa Kunterbündnis« gegründet hat. Sie wurde bereits mehrmals zusammengeschlagen, mit dem Tod bedroht und steht deshalb unter Polizeischutz.² Dem Initiator einer Petition für die Initiative »HeimeOhneHass«, die sich gegen fremdenfeindliche Demonstrationen vor Flüchtlingsheimen richtete, wurde die Ermordung seiner Eltern und Geschwister angekündigt. Er hat daraufhin sein Engagement eingestellt.

Ines Kummer ist eine engagierte Grünen-Politikerin aus Freital in Sachsen, die sich für Flüchtlinge einsetzt. Sie schrieb am 22. Oktober 2015 auf ihrer Facebook-Seite einen erschütternden Kommentar. »Fremdenfeindlichkeit ist in Freital allgegenwärtig. Wiederholt wurden mein Pflegesohn und ich

beleidigt und bepöbelt. Und nur auf Grund der Tatsache, dass er nicht weiß ist. Ihm wurden Prügel angedroht, unterlegt mit den Worten: ›Ich hasse Flüchtlinge und die Politik‹. Und ich musste mir anhören: ›Und du, Alte, was glotzt du da noch so blöd, willst du auch was drauf ham?‹ Mein Pflegesohn sagte mir heute noch: ›Muddy, ich bin so traurig, dass die Menschen wegschauen, wenn ich beschimpft werde. Ich bin doch kein schlechter Mensch.‹ Mir zerreißt es das Herz. Ich bin immer noch wütend. Wütend auf diese jungen, Bier trinkenden Leute. Und ich werde meine Klappe nicht halten. Ich mach sie auf gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Und ich hoffe, es bekommen in Freital endlich mal mehr Menschen ihren Hintern hoch und machen ihren Mund auf gegen diesen Fremdenhass, für Menschlichkeit und Respekt.«

Wo bleibt in dieser vergifteten Atmosphäre der öffentliche Aufschrei? Wo die nachhaltige Verdammung des rechten Mobs durch führende Regierungspolitiker? Insbesondere Politiker der CDU/CSU hüllen sich mehr oder weniger in feiges Schweigen. Der Verdacht ist daher nicht von der Hand zu weisen, dass einigen politisch-konservativen Entscheidungsträgern diese menschenfeindliche Stimmung durchaus ins politische Kalkül passt, weil sich der Hass gegen die Schwächsten der Gesellschaft richtet und zum Beispiel nicht gegen jene Kräfte, die ihre wirtschaftliche Macht missbrauchen, weil Gemeinwohl für sie ein Fremdwort ist. Denn, so stellt Armen Avanesian für *Zeit Online* fest, »der Kapitalismus war und ist – und wird es bis in seine letzten Züge bleiben – ein auf systematischer Ungerechtigkeit und strukturellem Rassismus aufbauendes Wirtschaftssystem, das naturgemäß zu Migrationsbewegungen der Ausgebeuteten führt.«³

Wie weltfremd ist daher der Satz des türkischen Lyrikers Nazim Hikmet: »Leben einzeln und frei wie ein Baum, und dabei brüderlich wie ein Wald, diese Sehnsucht ist unser.«

Liberté, Égalité, Fraternité – drei bedeutungsschwere Wörter. Tatsächlich ist diese Parole aus der Französischen Revolution heutzutage nicht mehr als eine wohlfeile Sprechblase. Bevorzugt zitiert wird sie bei festlichen politischen oder kulturellen Inszenierungen, wie weiland durch Gerhard Schröder (SPD), den »Genossen der Bosse«, am 22. Januar 2003 in Versailles. Damals war er noch Bundeskanzler. Anlässlich des 40. Jahrestages der Unterzeichnung des Élysée-Vertrages äußerte er sich über Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit:

»Sie sind die gemeinsame Grundlage für unsere gemeinsame Politik in unseren beiden Ländern, in Europa und darüber hinaus. Sie sind Grundlage und Leitbild dessen, was wir in den vergangenen 40 Jahren miteinander erreicht haben, wie auch dessen, was wir in der Zukunft auf unserem gemeinsamen Kontinent miteinander ins Werk setzen können und gewiss auch wollen.«⁴

Von wegen wollen. Realität ist, dass es im 21. Jahrhundert noch nicht einmal im demokratisch organisierten Europa möglich ist, Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit in konkrete gesellschaftliche wie politische Wirklichkeit umzusetzen. Das krasse Gegenteil ist der Fall. Während Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in Deutschland wie in Österreich zusammenwachsen, drohen rechtsradikale Parteien in Europa an die Macht zu kommen.

Institutioneller Rassismus, Menschenfeindlichkeit und soziale Spaltung verdrängen Gleichheit und Brüderlichkeit. Und Freiheit, dieses Wort, das von Bundespräsident Joachim Gauck als Maxime der Demokratie zitiert wird? Ja, die gibt es tatsächlich – leider aber auch für Mitglieder der rechtsradikalen Partei Die Rechte. Sie patrouillieren in einheitlichen T-Shirts durch den Stadtteil Dortmund-Dorstfeld, einer »Na-

tional Befreiten Zone«, wie sie es nennen, hetzen gegen Migranten, ziehen vor Asylbewerberheime, spähen ihre politischen Gegner aus, bedrohen sie oder schlagen sie zusammen. Sie haben ein Klima der Angst geschaffen. Und Dortmund ist nur ein Beispiel von vielen dafür, dass die Trias Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit ein Traum geblieben ist.

Und da wäre man bei einigen strukturell-politischen Ursachen, die mit der politischen Situation in Deutschland oder Österreich zu tun haben. Dazu gehört sicher die scheinheilige Doppelmoral einiger Repräsentanten (oder Ex-Repräsentanten) des Staates, eine Doppelmoral, an die sich die Bürger längst gewöhnt haben. Bei geheimen Machtstrukturen, die eine lange, unselige Tradition haben, sieht das schon ganz anders aus. Davon wissen die Bürger kaum etwas. Dafür wiederum umso mehr davon, dass sie mit politischen Lügen oder Halbwahrheiten abgespeist werden. Sie erleben es selbst, oder sie lesen in den seriösen Medien (sofern sie die überhaupt lesen) von staatlicher Willkür, sozialer Deklassierung, Demütigung, hemmungsloser Raffgier und Korruption sowie Amts- und Machtmissbrauch. Diese Erfahrungen führen bei ihnen dazu, dass der soziale und demokratische Rechtsstaat nur noch als prächtige Fassade wahrgenommen wird.

Ob diese subjektiven Wahrnehmungen den Tatsachen entsprechen, steht auf einem anderen Blatt, doch sie prägen ein grundsätzliches Einstellungsmuster gegenüber dem demokratischen Staat – Ablehnung, was rechtsradikale oder rechtspopulistische Heilsbringer und deren Handlanger schamlos auszubuten wissen. Das war schon immer so, und warum sollte sich im 21. Jahrhundert daran etwas ändern?

Schließlich gibt es noch ein Element, das dafür verantwortlich ist, dass das gesamte demokratische Gebäude einzustürzen

droht. Es geht um verborgene Machtstrukturen, welche die Verfassung und eine lebendige Demokratie außer Kraft setzen wollen, die durch ihr Handeln aktiv die demokratische Zivilgesellschaft bekämpfen, quasi einen Staat im Staat bilden konnten.

Ein Rückblick in die jüngere deutsche Geschichte zeigt, dass sich seit der Befreiung vom Nationalsozialismus und der Gründung der Bundesrepublik im Jahr 1949 bis in die späten Achtzigerjahre tatsächlich geheime Machtstrukturen bilden konnten. Sie waren maßgeblich durch ehemalige Nazi-Verbrecher, Geheimdienste, rechtsradikale Terroristen und nationalkonservative Politiker geprägt. Diese Machtstrukturen sind durch ihren politischen Fingerabdruck nachzuweisen. Ihre wichtigsten Erkennungsmerkmale sind institutioneller Rassismus, Elitismus, völkischer Nationalismus, Autoritarismus und Menschenfeindlichkeit. Und heute? Niemand wird bezweifeln wollen, dass es eine gefährliche Schnittmenge zwischen nationalkonservativen Bewegungen und Parteien und neofaschistischen Organisationen gibt, deren Protagonisten sich immer erfolgreicher in den politischen und gesellschaftlichen Vordergrund schieben. Fest steht ebenso, dass nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa ein ausgeprägtes völkisches, antidemokratisches und rassistisches Milieu an Bedeutung gewinnt, in dem der politische Fingerabdruck (institutioneller Rassismus, Elitismus, Autoritarismus, völkischer Nationalismus und Menschenfeindlichkeit) wiederzufinden ist. Da stellt sich zwangsläufig die ketzerische Frage, ob demokratisch nicht legitimierte Machtstrukturen auch heute noch dieses Milieu düngen, um politisch und wirtschaftlich nicht genehme Entwicklungen, wie eine humane, soziale und demokratische Gesellschaft, zu verhindern.

Mit dieser Frage nähert man sich der auch in Deutschland sehr heftig geführten kontroversen Diskussion um den soge-

nannten Tiefen Staat. Für die unsäglichen Verschwörungstheoretiker ist er eine Wundertüte, um ihr simpel gestricktes Weltbild zu bestätigen. Was ist jedoch tatsächlich mit diesem Begriff verbunden? Gemeinhin wird unter dem Tiefen Staat verstanden, dass neben den funktionierenden staatlichen Institutionen eine demokratisch nicht kontrollierbare Struktur innerhalb der legitimen staatlichen Institutionen ein Eigenleben führt. Sie besteht in der Regel aus Nachrichtendiensten, Unternehmern, Polizei, Rechtsextremisten und Politikern, die außerhalb der Legalität agieren und sich jeglicher parlamentarischen Kontrolle entziehen können. Zentrales Ziel der Protagonisten des sogenannten Tiefen Staates war seit Anfang der Fünfzigerjahre zum einen, gegen einen Angriff der Sowjetunion gewappnet zu sein, und zum anderem die Bekämpfung systemkritischer Bewegungen oder Parteien und die Absicherung der Herrschaft der nationalen Eliten, sollten sich diese existenziell bedroht fühlen.

Das in der Vergangenheit in einzelnen europäischen Ländern ganz sicher eine solche geheime Organisation agierte, unter anderem in der Türkei, in Griechenland, Italien, Belgien, Österreich, der Schweiz oder Luxemburg, steht inzwischen außer Frage. Aber ist sie auch heute noch in Deutschland aktiv? Professor Hajo Funke, der bis zu seiner Emeritierung im Jahr 2010 an der Freien Universität Berlin Politikwissenschaft lehrte und ein angesehener Experte für Rechtsextremismus ist, sagt:

»Tiefer Staat meint für Deutschland: eine eigene Struktur, die nicht kontrolliert wird, die nicht rechtsstaatlich eingebunden ist, in der diese tiefe Struktur nach eigenen Opportunitätsgesichtspunkten handeln und walten kann. Ohne rechtsstaatliche Einhegung und ohne Kontrolle durch die gewaltenteilte Demokratie.«⁵

Dieser Tiefe Staat, wie ihn Hajo Funke definiert, ist jedoch nur dann möglich, wenn es, wie in Deutschland, eine gefährliche demokratiefeindliche Unterströmung in der Gesellschaft gibt. Diese bezieht einerseits ihre gewaltige Kraft aus einer steigenden Zahl von Bürgern am nationalkonservativen und rechtsradikalen Rand, die das demokratische System verachten und mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln bekämpfen. Andererseits muss diese Unterströmung von bestimmten wirtschaftlichen, politischen und nachrichtendienstlichen Zirkeln angetrieben werden, damit diese geheime Struktur ihr Ziel erreichen kann.

DER STAAT UND SEINE SCHMUTZIGEN GEHEIMNISSE

Eher unbedacht löste die baden-württembergische Integrationsministerin Bilkay Öney eine Diskussion um den klassischen Tiefen Staat aus. Die Online-Ausgabe der Zeitung *Hürriyet* zitierte sie am 4. März 2012 im Zusammenhang mit dem rechtsextremen Terrornetzwerk Nationalsozialistischer Untergrund (NSU) mit den folgenden Worten:

»Den Staat im Staate gibt es auch in Deutschland. Er funktioniert geheim und heimtückisch. Um die Nazis unter Kontrolle zu halten, gab Deutschland den Nazis Geld und machte aus ihnen Spione. Die gleichen Spione wurden von Nazis gegen hohe Gelder ausgenutzt. Also spielten sie ein Doppelspiel. Das Ergebnis ist, dass sie uns kontrollierten. Nicht wir sie. Nun versuchen wir, diese Blamage zu unterbinden.«

In einem früheren Zeitungsartikel zum Thema NPD hatte Öney schon einmal den Tiefen Staat erwähnt:

»Den Tiefen Staat gibt es überall, aber es gibt keinen Staat, der über den ›Tiefen Staat‹ spricht. Die seit 2000 verübte Mordserie muss aufgeklärt werden. Damit zukünftig keine weiteren Menschen ermordet werden, trägt der Staat eine große Verantwortung. Ich appelliere an den Staat, seinen Verpflichtungen nachzukommen. Man muss sich mit dem Rassismus auseinandersetzen.«⁶

Die Entrüstung über die für eine Ministerin ungewöhnlichen Aussagen war kolossal, insbesondere natürlich in der CDU. Peter Hauk, der CDU-Fraktionsvorsitzende im baden-württembergischen Landtag, warf ihr vor, sie erschüttere absichtlich das Vertrauen von Einwanderern in den deutschen Staat.

Sein Kollege Bernhard Lasotta, der Integrationspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion in Stuttgart, schlug in die gleiche Kerbe:

»Hinzu kommt, dass es für die Existenz eines ›Tiefen Staates‹ in Deutschland keine Anhaltspunkte gibt. Ihre Ausführungen erscheinen deshalb irrational. Außerdem unterstellen die Äußerungen offensichtlich fehlende Rechtsstaatlichkeit und mafiose Strukturen in Deutschland. Das schädigt das Ansehen der Bundesrepublik Deutschland und des Landes Baden-Württemberg.«⁷

Nach der Sturmflut der Kritik entschuldigte sich Bilkay Öney für den Vergleich:

»Ich habe bereits mehrfach klargestellt, dass ich keinerlei Thesen zu einem Tiefen Staat in Deutschland vertrete. Es ging um Ermittlungsfehler im Rahmen der NSU-Mordserie. (...) Die Aussage Tiefer Staat wurde falsch verstan-

den. Indem die CDU mit den Wörtern spielt, versucht sie, meine Staatstreue zu prüfen.«⁸

Unterstützung bekommt sie Jahre später von Micha Brumlik, der an der Frankfurter Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Professor für Erziehungswissenschaft war, sowie von Professor Hajo Funke. Beide sind unbestrittene Experten im Bereich Rechtsextremismus. Für sie gibt es einen Tiefen Staat. Denn die Nichtaufklärung der Morde des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) zeige, wie der sogenannte Tiefe Staat in Deutschland funktioniere. Das schrieben sie am 25. April 2014 in einem Kommentar der *taz* und begründeten es folgendermaßen:

»Die nicht anders als kriminell zu bezeichnende Energie aber, mit der die Sicherheitsexekutive und ihre parlamentarischen Wasserträger die Aufklärung des NSU-Skandals verhindern wollen, gefährdet die bundesrepublikanische Verfassung, unterhöhlt das Vertrauen der Bürger in die Demokratie und schafft eine Sphäre jenseits des Rechtsstaates.«

Rolf Gössner ist Rechtsanwalt, Publizist und langjähriges Präsidiumsmitglied der Internationalen Liga für Menschenrechte. Und weil er eher der linken Szene zugeordnet wird, genoss er das zweifelhafte Vergnügen, jahrelang vom Verfassungsschutz beobachtet zu werden. Er spricht ebenfalls von einem System, das sich hinter dem NSU verbirgt – und verbindet es mit dem Tiefen Staat:

»Dieses System ist ein Geheimsystem, das mit den technologischen Möglichkeiten des digitalen Zeitalters Gesellschaften und Demokratien auf immer aggressivere Weise

durchsetzt. Der ›Tiefe Staat‹ lässt grüßen. Dafür verantwortlich sind Bundesregierungen und Parlamentsmehrheiten, die dieses System aufrechterhalten und wuchern lassen – trotz aller Gefährdungen des demokratischen Rechtsstaats und seiner Bürger, trotz millionenfacher Verletzung ihrer Freiheitsrechte und Privatsphäre.«⁹

Sind das alles maßlose Übertreibungen, ideologisch eingetübte Erkenntnisse? Am besten wir nähern uns einfach einmal dem Wahrheitsgehalt dieser Aussagen.

Der Verfassungsschutz sei ein im Kalten Krieg geprägter antikommunistischer Inlandsgeheimdienst, der, so sieht es jedenfalls Rolf Gössner, »nicht nur eine lange Skandalgeschichte hat und immer wieder Bürger- und Persönlichkeitsrechte verletzt. Er gefährdet selbst die Verfassung und Demokratie.«¹⁰ Reflektieren diese scharfen Worte tatsächlich die Wirklichkeit? Denn natürlich ist ein Geheimdienst kein Ort für tugendhafte Moralisten, seine Mitarbeiter zeichnen sich eher durch eine professionelle Amoralität aus. Gert René Polli, der ehemalige Chef des österreichischen Nachrichtendienstes (BVT), muss es wissen. Er sagt über das Treiben der Nachrichtendienste im Allgemeinen:

»Es geht um Manipulation von Massen, die Zementierung von Feindbildern und die Vorbereitung von ansonsten schwer zu argumentierenden politischen Maßnahmen. Nachrichtendienste nutzen Medien, um Kritiker mundtot zu machen, Aktienkurse zu drücken, NGOs mit politischen Aufgaben einzurichten, Geld im großen Stil zu waschen oder schlicht falsche Spuren zu legen.«¹¹

Das führt im Zusammenhang mit dem Tiefen Staat beziehungsweise besser dem Staat im Staate zu der Frage, ob in

Europa und Deutschland ein geheimes Netzwerk agierte, eine Art Geheimorganisation, die ohne Wissen der Parlamentarier oder der Regierungen Wurzeln schlagen konnte. Eine Geheimorganisation, die sich seit mehreren Jahrzehnten jeglicher demokratischer Kontrolle entziehen konnte und von Geheimdiensten in Zusammenarbeit mit der NATO geleitet wurde. Diese Geheimorganisation wurde mit blutigen Terrorakten in Verbindung gebracht. Sie konnte illegal in das politische Leben demokratischer Staaten eingreifen und könnte es heute noch. Sie operiert außerhalb jeglicher Legalität und entwickelte gefährliche Angriffskapazitäten gegen demokratische Strukturen. Und das mitten im Herzen Europas, diesem Vorbild für alle nichtdemokratischen Nationen. Gab es eine solche Organisation tatsächlich?

Diese haarsträubend klingenden Vorwürfe hinsichtlich der Existenz einer Geheimorganisation mit engen Verbindungen von Geheimdiensten zu rechtsradikalen Terroristen wurden in einer Entschließung des Europäischen Parlaments vom 22. November 1990 erhoben.¹² In dieser Entschließung wurden die EU-Mitgliedstaaten aufgefordert, alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, gegebenenfalls im Rahmen eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses, um eine komplette Bestandsaufnahme dieser Organisation zu erstellen. Gleichzeitig sollten ihre Verbindungen zu den jeweiligen Geheimdiensten, den terroristischen Aktionsgruppen und ihre Affinität mit anderen illegalen Praktiken überprüft werden. Geschehen ist das mit wenigen Ausnahmen, wie in Italien, Belgien und der Schweiz, bis heute aus guten Gründen nicht. Niemand sollte erfahren, dass die Geheimdienste eine wesentliche Rolle dabei gespielt hatten und bis heute spielen, zum Beispiel im Zusammenhang mit dem Nationalsozialistischen Untergrund (NSU). Doch dazu später mehr.

Das Nazi-Netzwerk der CIA im Nachkriegsdeutschland

Um was geht es eigentlich? Hinter der vom Europäischen Parlament erwähnten Geheimorganisation Gladio verbarg sich eine Organisation, die von den USA bereits kurz nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs in Europa installiert wurde. Die Rede ist von der Stay-behind-Organisation, die erst Anfang der Neunzigerjahre als Gladio (benannt nach dem Kurzschwert der Römer für den Nahkampf) in Europa und Deutschland für viele Schlagzeilen sorgen sollte und die der Auslöser der Entschließung des Europäischen Parlaments war.

Eigentlich begann alles bereits kurz nach dem Ende der Nazi-Diktatur im Jahr 1945. Der Westen Deutschlands war zwar von einer Diktatur befreit, aber der ideologische Konflikt zwischen den USA und der Sowjetunion, die Ostdeutschland besetzt hielt, schwelte dafür umso heftiger. Der Diktator Josef Stalin und die Sowjetunion wurden für die USA zum Hauptgegner, insbesondere nach der Berlin-Blockade im Sommer 1948 durch die sowjetischen Truppen.

In dieser Phase verabschiedete der amerikanische Nationale Sicherheitsrat weitreichende Beschlüsse. In ihnen wurden die Aufgaben des US-Geheimdienstes im weltweiten »Kampf gegen den Kommunismus« definiert. Dazu waren folgende Methoden ausdrücklich erlaubt: Propaganda, Wirtschaftskrieg, vorbeugende Direktmaßnahmen einschließlich Sabotage, Anti-Sabotage, Zerstörung, Evakuierungsmaßnahmen. Außerdem gehörte die Subversion in feindlichen Staaten dazu, einschließlich der Unterstützung für im Untergrund operierende Widerstandsbewegungen, Guerillakräfte und Gefangenenerbefreiungskommandos, sowie die Unterstützung einheimischer antikommunistischer Kräfte in bedrohten

Ländern der westlichen Welt. Hinter diesem Beschluss habe der Plan der US-Regierung gestanden, die Sowjetunion mit Atomwaffen anzugreifen, schreibt Christopher Simpson in seinem 1988 erschienenen Buch *Der amerikanische Bumerang. NS-Kriegsverbrecher im Sold der USA*, um danach mithilfe einer Guerillaarmee die Ordnung in Europa aufrechtzuerhalten:

»Jeder Aspekt der atomaren Politik der USA war von strengster Geheimhaltung umgeben, und dass die Vereinigten Staaten eine Emigrantenarmee für den Einsatz nach einem nuklearen Angriff auf die UdSSR ausbildeten, gehörte zu den am besten gehüteten Geheimnissen.«¹³

Insgesamt rekrutierte der US-Geheimdienst CIA mindestens tausend ehemalige Nazi-Offiziere, Angehörige von Gestapo und SS, für Aktionen gegen die Sowjetunion, also Personen, die bereits während der nationalsozialistischen Terrorherrschaft ihr Mordhandwerk ausgeübt hatten. Sie wurden kurzerhand in die US-Atomstrategie integriert. Ihre kriminelle Vergangenheit, das heißt ihre Beteiligung an Massenmorden, wurde im Kampf gegen den Kommunismus nicht nur schlichtweg ausgeblendet, sondern gezielt für den antikommunistischen Kampf eingesetzt. Es waren jene Kräfte darunter, die in den nächsten Jahrzehnten die politische Kultur Deutschlands erheblich beeinflussen sollten. In Westdeutschland gehörten unter anderem Reinhard Gehlen, ein ehemaliger Generalmajor der Wehrmacht, und der SS-Offizier Klaus Barbie dazu. Barbie, der »Schlächter von Lyon«, war verantwortlich für die Ermordung von über 4000 Widerstandskämpfern und Juden. Reinhard Gehlen hingegen war Chef der Abteilung Fremde Heere Ost (FHO) im Generalstab des Heeres und Leiter der Aufklärung für den Ostfeldzug der deutschen Wehrmacht.

Später war er für die brutale Befragung russischer Kriegsgefangener zuständig.

Am 20. Mai 1945 stellte Gehlen sich freiwillig dem Counter Intelligence Corps (CIC) der USA, dem Gegenspionagekorps der Armee, und wurde sofort engagiert. Gehlen hatte sich bereits seit dem Herbst 1944, angesichts der sich abzeichnenden Niederlage Nazi-Deutschlands, darauf vorbereitet, zu den Amerikanern überzulaufen. Bei denen war er begehrt, weil er brisante Unterlagen lieferte, wie das Archiv der Fremde Heere Ost (FHO): Dokumente über Offiziere und Mannschaften, Bewaffnung und Munition der Roten Armee.

Auch Klaus Barbie wurde vom CIC rekrutiert und vor den Ermittlern versteckt, um danach, im Jahr 1951, von Europa nach Argentinien flüchten zu können. Reinhard Gehlen leitete ab 1947 die sogenannte Organisation Gehlen, die Vorläuferorganisation des heutigen Bundesnachrichtendienstes (BND). Das Personal für die Organisation Gehlen suchte ein früherer SS-Scherge aus, einst ein Freund des Chefs des Reichssicherheitshauptamtes Reinhard Heydrich. 1947 bezog die Organisation in Pullach bei München ihr Hauptquartier, eine im Jahr 1936 für den Stab des Hitler-Stellvertreters Rudolf Heß errichtete Siedlung. Wegen ihrer tiefbraunen Vergangenheit belasteten Nazi-Größen wurde von Reinhard Gehlen und den Amerikanern zu einer weißen demokratischen Weste verholten. Dem am 15. September 1949 zum ersten westdeutschen Bundeskanzler gewählten Konrad Adenauer (CDU) konnte das nur recht sein. Er erhielt von der Organisation Gehlen intime Informationen über seine politischen Gegner.

Zur Organisation Gehlen gehörte unter anderem der Philosophieprofessor Franz Six, ehemals SS-Brigadeführer und maßgeblich an der Massenvernichtung von Juden beteiligt. 1946 bereits in der Organisation Gehlen aktiv, wurde er 1948

von einem US-Militärgericht im Nürnberger Einsatzgruppenprozess zu 20 Jahren Haft verurteilt. Doch schon vier Jahre später begnadigte ihn John Jay McCloy, der US-Hochkommissar für Deutschland, obwohl die Kommandoeinheit von Six mindestens 15 000 Juden und Partisanen ermordet hatte. Das war selbstverständlich kein Hindernis für seine weitere Karriere. Wie inzwischen freigegebene CIA-Dokumente belegen, arbeitete er anschließend wieder für Reinhard Gehlen. Gleichzeitig gründete er einen Verlag und hielt als Dozent Vorträge an der Akademie für Führungskräfte der Wirtschaft in Bad Harzburg, an der deutsche Manager für künftige Führungsaufgaben in der deutschen Wirtschaft ausgebildet wurden. Die Akademie war von einem alten SS-Kameraden, Reinhard Höhn, gegründet worden, der sie auch leitete. Gehlen selbst wurde am 1. April 1956 erster Chef des neu gegründeten Bundesnachrichtendienstes, der zukünftigen beruflichen Heimat vieler hochkarätiger Verbrecher des Nazi-Regimes, dem auch Six bis 1957 angehörte, bevor er Chef der Werbeabteilung bei Porsche wurde. Hier, wo während der Nazi-Herrschaft mindestens 300 Zwangsarbeiter geschuftet hatten, wurde der Massenmörder wahrscheinlich nicht schlecht bezahlt. Er starb friedlich in seiner Bozener Villa am 9. Juli 1975.

Ein Jahr nach der Wahl Konrad Adenauers zum Bundeskanzler begann die CIA in vielen westeuropäischen Staaten mit dem Aufbau der Stay-behind-Organisation. Sie sollte bei einer sowjetischen Invasion in den dann von der Roten Armee besetzten Staaten Widerstand leisten. Und Deutschland befand sich im Mittelpunkt Europas. Am 23. Juni 1950 wurde in Frankfurt am Main der Bund Deutscher Jugend (BDJ) gegründet und wenig später der mit dem BDJ in enger Verbindung stehende Technische Dienst, der von der CIA initiiert,

finanziert und personell aufgebaut wurde. Leiter des Technischen Dienstes war der BDJ-Funktionär Erhard Peters. Dem BDJ ging es im Wesentlichen darum, durch eigene Konferenzen, das Stören von Veranstaltungen der politischen Gegner, das Überkleben gegnerischer Plakate die damals starke Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) zu bekämpfen. Auf Türen vermutlicher Sympathisanten wurden Plakate mit dem Text geklebt: »Ich bin ein Landesverräter. Ich unterstütze die Kommunisten.« Bekannt wurde damals, dass der BDJ anlässlich des BDJ-Pfingsttreffens in Frankfurt am Main vom Bundesministerium des Innern und vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen 10 000 Mark erhalten hatte. Bei diesem Treffen am 31. Mai 1952 sprach der Bundestagsabgeordnete und spätere Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger. Aufschlussreich in diesem politischen Klima war eine Bundestagsdebatte am 10. Oktober 1952 in Bonn. Da verteidigte Innenminister Robert Lehr (CDU) den Zuschuss an den BDJ:

»Die von mir genannten einmaligen Zuwendungen für den BDJ stehen in keinem Verhältnis zu den Millionen, die Monat für Monat zur Unterwühlung der Bundesrepublik und ihrer demokratischen Grundordnung von der Kommunistischen Partei und ihren Hintermännern aufgewendet werden und deren unheilvoller Auswirkung unser Abwehrdienst pflichtgemäß entgegenzutreten hat.«

In einem Bericht des Hessischen Landesamts für Verfassungsschutz vom 19. Dezember 1950 war der BDJ als »stark rechts ausgerichtete Gruppe« bezeichnet worden, die »vorerst« den Rechtsradikalismus ablehne und daher keine akute Bedrohung darstelle.

Der Technische Dienst hingegen war der paramilitärische und rechtsterroristische Kampfverband für den Partisanen-

krieg in Deutschland gegen kommunistische Aggressoren. Er wurde, so erinnert sich eine der BDJ-Führungsfiguren, »ein wesentlicher Bestandteil der deutsch-amerikanischen antiso-wjetischen Abwehr«. Die Mitgliederzahl des Technischen Dienstes lag bei 14 000, zum größten Teil ehemalige Offiziere der Luftwaffe, des Heeres und der Waffen-SS im Alter zwischen 34 und 50 Jahren. Dass in Deutschland eine Untergrundarmee aufgebaut wurde, in der Nationalsozialisten eine entscheidende Rolle spielten, wurde erstmals im Jahr 1952 bekannt. Ein ehemaliger SS-Offizier gestand der Frankfurter Kriminalpolizei am 9. September 1952, er sei Mitglied einer Gruppe, deren Aufgabe es sei, »im Fall eines russischen Vormarsches Sabotageakte durchzuführen und Brücken zu sprengen«. Dafür seien die Mitglieder der Organisation politisch geschult und in der Bedienung von amerikanischen, russischen und deutschen Waffen sowie in der Anwendung militärischer Taktik unterwiesen worden. Die Beteiligten seien »hauptsächlich ehemalige Offiziere der Luftwaffe, des Heeres und der Waffen-SS«. Aber nicht nur um die Bekämpfung einer befürchteten Invasion der Roten Armee ging es, sondern auch um die Bekämpfung der KPD und der SPD.

Die »Partisanen« aus dem Odenwald

Wir schreiben das Jahr 1952. Wald-Michelbach ist eine kleine idyllische Gemeinde im hessischen Odenwald, eingebettet in Wälder und Wiesen. Ein Stützpunkt des BDJ beziehungsweise des Technischen Dienstes war ein Landhaus nahe der Gemeinde. Sein Besitzer war ein Berliner Kammersänger, der es an einen Holzhändler vermietete. Dessen Sohn, zweiter Vorsitzender des BDJ, nutzte das Domizil und ließ zunächst

einen US-Bürger einziehen, bei dem es sich um einen Agenten der CIA handelte. Hier wurden dann unter strikter Geheimhaltung Schießübungen abgehalten, an Granatwerfern geübt, mit Sprengmitteln experimentiert, Nachtmärsche absolviert und Ausflüge zum US-Truppenübungsplatz Grafenwöhr unternommen. Die Teilnehmer erhielten kakifarbene Kampfanzüge aus US-Beständen und durften sich nur mit Vornamen anreden. Zum Unterrichtsstoff gehörten auch Foltertechniken.

Am 13. September 1952 stürmte die hessische Polizei das Schulungszentrum in Wald-Michelbach und verhaftete die dort anwesenden Mitglieder von BDJ und Technischem Dienst. Die Kripobeamtinnen stießen auf ein umfangreiches Waffenlager. Es umfasste schwere Waffen, Artillerie und Sprengstoff aus US-Beständen. Der Anführer der Geheimarmee, Gerhard Peters, wurde zwei Wochen lang in einem von den Amerikanern konfiszierten Gebäude, das die deutschen Behördenvertreter nicht betreten durften, versteckt gehalten. Gleichzeitig beschlagnahmten die Agenten des CIC sämtliche Unterlagen des Technischen Dienstes und weigerten sich, sie der deutschen Polizei zu übergeben.

Für besondere Empörung sorgte der Fund einer »Liquidationsliste«, auf der, so wurde später in den Medien berichtet, die Namen prominenter Sozialdemokraten und Kommunisten verzeichnet waren, die im Falle einer sowjetischen Okkupation ausgeschaltet werden sollten. Der stellvertretende SPD-Vorsitzende Erich Ollenhauer stand ebenso auf der Liste wie die Ersten Bürgermeister der Hansestädte Bremen und Hamburg, Wilhelm Kaisen und Max Brauer. Auch der hessische Innenminister Heinrich Zinnkann, der sich bei den Ermittlungen gegen den BDJ besonders hervorgetan hatte, war demnach zur Liquidierung vorgesehen. Der amerikanische Historiker Christopher Simpson stellte dazu fest:



Jürgen Roth

Der tiefe Staat

Die Unterwanderung der Demokratie durch Geheimdienste, politische Komplizen und den rechten Mob

Gebundenes Buch mit Schutzumschlag, 368 Seiten, 13,5 x 21,5 cm
ISBN: 978-3-453-20113-2

Heyne

Erscheinungstermin: Januar 2016

Wo dubiose Absprachen und schattenhafte Institutionen beginnen, endet unsere Demokratie

Gibt es einen Staat im Staat? Verborgene Strukturen, die ihre eigenen Ziele verfolgen? Die jüngsten Erkenntnisse im NSU-Prozess lassen ein geheimes Geflecht rechtsextremer Verbindungen erahnen, das die staatlichen Institutionen durchzieht. Welche Rolle spielen dabei die bundesdeutschen Geheimdienste? Herrscht eine stille Komplizenschaft zwischen antidemokratischen Gruppen und öffentlichen Behörden? Es sind solche Entwicklungen, aus denen der zunehmende Vertrauensverlust der Bürger in eine staatliche Politik resultiert, deren Motive und deren Handeln immer intransparenter werden.

Bestsellerautor Jürgen Roth deckt diese verborgenen Netzwerke auf: einen »tiefen Staat«, in dem Geheimdienstagenten, Politiker und Kriminelle zusammenwirken. Sie agieren außerhalb jeglicher Legalität und sind für keine parlamentarische Kontrolle zu fassen – schattenhafte Strukturen, die ans Licht gebracht werden müssen.



Der Titel im Katalog